



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Nein, antwortete ich, es war etwas andres. Aber du hast Recht, das, was du eben erwähnt hast, ist das Beste von allem, ich hätte es nicht auslassen sollen, obgleich ich ja nicht unsre Geschichte erzähle.

Nun ist ja auch das noch hinzugefügt, freilich nur als zufälliger Nachtrag.

Alma ist eben hinausgegangen. Sie konnte mir ja nicht dabei helfen, und mich öfter stören wollte sie nicht.

Nun suche und suche ich immer wieder, aber ich komme nicht auf den Satz.

Doch da fällt mir ein, daß ich gar keine Anwendung gefunden habe für die schönen Worte des Sirach, die Worte zum Lobe des tugendhaften Weibes, die ich einst als Waffe im Kampfe zu verwerten gedachte. Sie sind nicht verwertet worden, denn der Kampf wurde nicht gekämpft. Aber sie können noch angewandt werden, und der Leser weiß wohl, wen ich meine, wenn ich mit dem alten Weisen sage: Wohl dem, der ein tugendhaftes Weib hat! Wie die Sonne, wenn sie aufgegangen, an dem hohen Himmel des Herrn eine Zierde ist, also ist ein tugendhaftes Weib eine Zierde in ihrem Hause. Ein schön Weib, das fromm bleibt, ist wie die helle Lampe auf dem heiligen Leuchter!

Laß ihn nur laufen, den entflohenen Gedanken, sagte Alma, als sie mir wieder über die Schulter ins Manuskript blickte, wie die helle Lampe auf dem heiligen Leuchter ist er sicher nicht gewesen; denn dann hätte er sich nicht so beharrlich verbergen können.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Unmöglichkeit einer parlamentarischen Regierung in Deutschland. Über die Aufgaben und Rechte des Monarchen oder — es ist eben eine verwickelte Geschichte — der Monarchen im deutschen Reiche mag man im übrigen denken, wie man will, aber eins ist klar, daß das Recht des deutschen Kaisers und Königs von Preußen, die Minister einschließlich des Reichskanzlers ohne Mitwirkung der Volksvertretung zu ernennen (daß es auch ohne Rücksicht auf die Volksvertretung geschehen müsse, ist damit nicht gesagt), nicht entbehrt werden kann. Bei der letzten Beratung des preußischen Abgeordnetenhauses über die Assessorenernenning hatte der Graf Limburg-Sturum die Abwesenheit des Reichskanzlers gerügt und von ihm gesagt, er betrachte seine Stellung eines preußischen Ministerpräsidenten als ein Nebenamt. In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses am 13. Juni wies Fürst Hohenlohe diese Beschuldigung zurück. Der Graf aber verschärfte in seiner Erwiderung die erhobnen Beschuldigungen mit den Sätzen: „Wir haben den Eindruck, daß besonders in finanziellen Fragen die preußischen Ressorts, die preußischen Interessen auf die Reichssachen nicht den Einfluß haben, den sie haben müssen. . . . Darüber ist kein Zweifel, wenn ein Zustand sich herausbilden sollte, daß — was augenblicklich noch nicht vollendet ist, wozu aber Anfänge sich zeigen — die preußischen Interessen im Reich nicht mehr den Einfluß haben, der ihnen durch die Verfassung und durch die Stellung Preußens gebührt, daß dann überhaupt eine Gefährdung der Reichsinstitution eintritt.“ Wenn ein rabiatere Sozialdemokrat, Antisemit oder Bauernbündler sich dazu hinreißen ließe, im offenen Reichstage oder Landtage den Ministern grobe Schimpfwörter an den Kopf zu werfen, so hätte

das natürlich gar nichts zu bedeuten. Wenn aber der Führer der Partei, die dem preussischen Throne am nächsten steht, und deren Fraktionen in den beiden Volksvertretungen mit dem Zentrum in der Stärke wetteifern, wenn dieser Führer in durchaus höflichen aber wohlüberlegten Worten, die sich durch das „wir“ als Kundgebung der ganzen Partei charakterisiren, den Ministern sagt, daß sie ihre Pflichten gegen Preußen vernachlässigten und den Bestand des Reichs gefährdeten, so muß der Reichskanzler, wenn wir die parlamentarische Regierungsform haben, sofort die Vertrauensfrage stellen und darf, falls das Votum gegen ihn ausfällt, samt seinen Ministern nicht eine Stunde mehr mit dem Entlassungsgesuche zögern. Wäre das nun der Fall, dann würde die Ministerkrisis noch viel langwieriger ausfallen, als diese Krisen in Frankreich zu sein pflegen, ja es wäre, bei der großen Mannichfaltigkeit sich kreuzender Interessen und Richtungen, gar nicht abzusehen, wie ein der Reichstags- und Landtagsmehrheit entsprechendes Ministerium zustande kommen könnte, fintemal wir keine feste Landtagsmehrheit und noch weniger eine ständige Reichstagsmehrheit haben.

Welche wundersame Gruppierungen haben wir nicht in diesen letzten Wochen erlebt! Auf eine zuverlässige Mehrheit könnte die Regierung nur für solche Vorlagen rechnen, die auf polizeiliche Beschränkungen der Gewerbe- und Handelsfreiheit abzielen, und auf diesem Gebiete waltet nun gerade der fatale Umstand ob, daß Minister ganz nach dem Herzen dieser Mehrheit, man müßte sie denn aus den Reihen der Kunstmeister oder der Kapläne wählen, gar nicht zu finden sein würden; denn die Herren vom grünen Tisch haben doch meist eine etwas tiefere Einsicht in die verwickelten wirtschaftlichen Zustände unsrer Zeit und eine genauere Kenntnis der Erfahrungen der Vergangenheit als Herr Jakobskötter oder der Herr Schornsteinfegermeister Megner. Auf allen übrigen Gebieten ist es unsicher, ob eine Mehrheit zu erzielen wäre, und auf jedem sieht die Mehrheit, die etwa zustande kommt, anders aus. Geradezu überraschend wirkte die Abstimmung des preussischen Abgeordnetenhauses über den Antrag der Konservativen, die preussische Regierung solle beim Bundesrat darauf hinwirken, daß seine Bäckereiverordnung nicht in Kraft trete; der Antrag wurde von einer aus den Kartellparteien bestehenden Mehrheit angenommen. Eigentlich war nicht erst die Abstimmung, sondern schon die Stellung des Antrags das überraschende. Daß die Nationalliberalen Arbeiterschutzverordnungen nicht lieben, kann weiter nicht in Verwunderung setzen, denn sie sind von Haus aus Manchesterleute. Damit wollen wir keinen Tadel ausgesprochen haben, denn wir lieben ebenfalls die Freiheit im gewerblichen und Erwerbsleben, nur daß wir gewisse Grenzen anerkennen, über die hinaus die Freiheit nicht gehen darf, und als Grenzüberschreitung sehen wir es an, wenn die Betriebsweise eines Gewerbes, das ein paar hunderttausend Gesellen und Lehrlinge beschäftigt, gesundheitschädlich wirkt; muß doch dagegen in einem Staate mit allgemeiner Dienstpflicht schon der Kriegsminister Protest erheben. Verblüffend aber wirkt es, daß gerade die Konservativen, die heute grundsätzliche Gegner des Manchesterturns sind, einen solchen Antrag stellen; doppelt verblüffend, wenn man bedenkt, daß der Bund der Landwirte, der mit der konservativen Partei beinahe zusammenfällt, die Bäcker jahrelang als schädliche Schmarozer, unnütze Zwischenhändler, brotverteuernde Wucherer gebrandmarkt hat; dreifach verblüffend, weil die konservative Partei die Partei der Autorität und des monarchischen Prinzips ist, die Autorität der königlichen Regierung aber, wie übrigens auch die Kreuzzeitung hervorhebt, aufs empfindlichste geschädigt werden würde, wenn diese Regierung die Zurücknahme einer Maßregel, die sie selbst beim Bundesrate beantragt hat,

vierzehn Tage vor dem Termin fordern wollte, wo sie in Kraft treten soll. Die Berliner Politischen Nachrichten, die bei dieser Gelegenheit von parlamentarischen Anwendungen befallen werden, scheinen freilich eine solche Zumutung nicht übertrieben zu finden; sie schließen einen Artikel über die Angelegenheit mit dem Satz: „Im übrigen bewendet es natürlich bei der Verordnung; aber es ist auch klar, daß die Staatsregierung sich in diesem Punkte nicht in Übereinstimmung mit der Landesvertretung, insbesondre nicht mit den Parteien befindet, deren Unterstützung sie sonst hat.“ Aber wie soll die Regierung ahnen können, daß sich die Rittergutsbesitzer auf einmal für die Bäckermeister ins Zeug legen werden? Zumal da diese Bäckermeister selbst die Verordnung, die ein Zentrumsabgeordneter als ganz harmlos charakterisierte, sehr gelassen hinnehmen?

Übrigens ist das „deren Unterstützung sie sonst hat“ viel zu allgemein und zu apodiktisch gehalten. In Steuerfragen z. B. hat es schon so manchen Krach gesetzt zwischen der Regierung und bald der einen, bald der andern der Kartellparteien, nicht weniger in Kirchen- und Schulfragen. Der drei Parteien sicher ist die Regierung nur bei Militärvorlagen und bei solchen Gesetzentwürfen, die eine Beschränkung der bürgerlichen, der politischen Freiheiten enthalten. Die Parteien gruppieren sich anders, je nachdem es sich um die politische oder um die Gewerbe-freiheit handelt. Das Zentrum stimmt immer für Einschränkungen der gewerblichen, aber niemals für Verkürzung der politischen Freiheiten; die Nationalliberalen sind gewöhnlich für das zweite zu haben — nicht immer, wie ihre Haltung gegenüber dem Affektorenparagraphen beweist —, für zünftlerische Bestrebungen aber waren sie bis vor kurzem nicht zu haben. So wurde am 13. vom Reichstage gegen die drei Kartellparteien der Antrag Auer angenommen, daß in den Reichs-landen das Reichspressgesetz eingeführt und dadurch der dortige Ausnahmezustand beseitigt werden solle. Beim Antrag Baffermann, der das unhaltbare Vereinsrecht wenigstens in einem Punkte notdürftig regeln will, indem durch Reichsgesetz verfügt werden soll, daß inländische Vereine mit einander in Verbindung treten dürfen, traten die Nationalliberalen wieder einmal auf die Seite der Freiheit, und nur die beiden konservativen Parteien blieben hartnäckig, obwohl doch auch ihnen der Staatsanwalt droht. Wie weit sie damit den Absichten der preussischen Regierung entsprachen, war aus der Erklärung des Staatssekretärs von Bötticher nicht deutlich zu erkennen; er versicherte, „daß das Bedürfnis einer Reform des Vereinsgesetzes bezüglich des Verkehrs der Vereine unter einander von der Mehrzahl der Regierungen anerkannt“ werde, gab auch zu, daß die Sache vom Reiche gemacht werden könne, meinte aber, man dürfe es den Regierungen nicht verargen, wenn sie das Vereinsrecht lieber partikularrechtlich regeln wollten. Überhaupt haben die letzten Wochen den Staatsrechtslehrern, die darüber streiten, ob das deutsche Reich ein Staatenbund oder ein Bundesstaat sei, viel neuen Stoff geliefert. Daß sich die Parteien in der Jesuitendebatte wieder wie immer gruppieren würden, wußte jedermann im voraus; auch in Zukunft wird die Gruppierung immer dieselbe bleiben, so oft der Jesuitenantrag wiederkehrt. Ost wird das wohl nicht mehr geschehen. Schon droht der § 2 abzubrecheln, und nach etlichen Jahren wird ihm wohl § 1 nachsinken. Finden doch schon manche sonst kulturkämpferische Blätter, daß zwar um keinen Preis polnische Jesuiten zugelassen werden dürften, daß aber deutsche Jesuiten für das Germanisationswerk in den polnischen Landesteilen recht gut zu gebrauchen wären. Geschicktere Germanisatoren würden sie jedenfalls sein als manche andre Leute, das haben sie in Böhmen bewiesen, wo sie das Volk soweit gebracht haben, daß es seine tschechische Nationalität schon beinahe vergessen hatte, als diese

von Joseph II. und den Staatsweisen unsers Jahrhunderts wieder aufgerüttelt wurde. Nur freilich sind in unsern nationalen Kreisen Leute, die es verstehen, die Nationalität in Vergessenheit zu bringen, im allgemeinen nicht beliebt. Jedenfalls aber sieht das Zentrum dem drohenden Erfolge seiner Bemühungen mit Furcht und Bittern entgegen, denn womit soll es seine Mannen zusammenhalten, wenn das letzte Restchen Kulturkampf begraben und vergessen ist?

Ein Gebiet, auf dem sich die Regierung mit ihrer angeblich festesten Stütze schlechterdings nicht verständigen kann, ist das der Währungs- und Bankfragen. Zwar die Silberfrage hat nur noch akademischen Wert, oder vielmehr nicht akademischen, sondern Agitationswert, den sie aber verlieren muß, wenn die Leute sehen, daß nichts dabei herauskommt; man begreift nicht, wie ernsthafte Männer den lächerlichen Antrag einbringen konnten, für die zu wünschenden Währungsverhandlungen „die Initiative Englands abzuwarten,“ was doch, wie alle Welt weiß, von selbst geschieht. Die Herren wollten wohl bloß den Bauern und Handwerfern zeigen, daß sie, im Gegensatz zu einer nachlässigen Regierung, nicht aufhörten, an Volkswahl zu denken; doch hätten sie es trotz ihres Thatendranges vielleicht vorgezogen, zu schweigen, wenn sie am 13. schon gewußt hätten, daß die republikanische Konvention der Vereinigten Staaten das goldfreundliche Programm ihres Resolutionsausschusses mit großer Mehrheit annehmen würde. Dagegen war der Antrag Arnim wegen Lombardirung der Pfandbriefe sehr ernsthaft gemeint; und hier nun hatte der Reichsbankpräsident Koch, obwohl er die ihm bekannt gemachten Intentionen des Reichskanzlers vertrat, die Konservativen und Freikonservativen, auch einen Teil des Zentrums gegen sich, und wurde in der Debatte nur von dem Freisinnigen Barth unterstützt. — Man sieht: Parlamentsherrschaft nach englischem Muster wäre bei uns ein Ding der Unmöglichkeit.

Die amtliche Arbeitslosenstatistik. Die Statistik des hamburgischen Staates hat sich das Verdienst erworben, zuerst mit dem Ergebnis des mit der Berufs- und Gewerbezahlung vom 14. Juni und der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 verbundenen Versuchs einer Zählung der Arbeitslosen vor die Öffentlichkeit zu treten. Das Ergebnis ist ein voller Mißerfolg, die Veröffentlichung eine vernichtende Kritik dieses statistischen Unternehmens geworden. Die maßgebenden Statistiker von Beruf in Deutschland sind freilich ebenso wie der Bundesrat, der die Arbeitslorenzählung angeordnet hat, nur insoweit schuld an diesem Fiasko, als sie nicht Entschiedenheit genug gehabt haben, sich der immer mehr um sich greifenden unklaren, unsachgemäßen, jeder juristischen und polizeilichen — man verzeihe diese Kezerei am Ende des Jahrhunderts — Erfahrung ermangelnden Behandlung zu widersetzen, die die Schar der sozialpolitischen „Amateurs“ und leider auch viele wohlbestallte Fachleute der Arbeitslosenfrage angeheiden lassen. Möchten die hamburgischen Zählungsergebnisse und die damit verbundene Kritik in dieser Beziehung eine klärende Wirkung ausüben und die weiter zu erwartenden Landesstatistiken und zuguterletzt auch die Reichsstatistik mit aller Offenheit und Entschiedenheit ihr zu Hilfe kommen! Zählen soll man nur, was sich zählen läßt. Vergißt man das, so werden die Zahlen zum Zerrbild, zur Unwahrheit, doppelt verhängnisvoll und tadelnswert, weil sie das Ansehen größter Zuverlässigkeit beanspruchen und genießen.

Der Bearbeiter der hamburgischen Statistik faßt seine Kritik in folgende hinreichend deutliche Sätze zusammen: „Wenn auch versucht worden ist, die dieser neuartigen Erhebung anhaftenden zahlreichen Mängel und Lücken mit Aufwand von viel Arbeit und Mühe zu vermindern, so ist sich der Bearbeiter dieser Statistik

doch vollkommen bewußt, daß sie noch vielfache offenkundige Mängel und noch mehr unbekannte Fehler enthält. Ob sich mit der in beiden Fällen angewandten Erhebungsmethode (Verbindung der Arbeitslosenzählung mit allgemeinen Zählungen) überhaupt eine zuverlässige Arbeitslosenstatistik gewinnen läßt, dürfte im voraus schon zweifelhaft erscheinen und ist durch die Erfahrung jedenfalls nicht bejaht worden. Zur Erlangung der Adressen der vermeintlichen Arbeitslosen ist dieses Verfahren gewiß sehr geeignet, alles übrige aber, in erster Linie also die Frage, ob überhaupt Arbeitslosigkeit vorliegt, kann nur durch eingehende und zwar direkte Befragung der Arbeitslosen, also durch Enquete erreicht werden. Die an deren Stelle vorgenommenen Rückfragen\*) durch die Zähler können nur als ein Notbehelf bezeichnet werden, nie aber als ein Ersatz für eine von einer Behörde ausgeführte Untersuchung gelten.“ Die hamburgischen Statistiker haben sich in der That alle mögliche Mühe gegeben, wenigstens die größten Fehler auszumergen. Am 2. Dezember 1895 hatten sich 21466 Personen schlangweg als arbeitslos in die Haushaltungslisten eingetragen. Wo aus irgend welchen sonstigen Merkmalen und Eintragungen geschlossen wurde, daß eine Frage wünschenswert sein könnte und diese Frage dann ausgeführt wurde, ergab sich sehr häufig, daß z. B. erwerbsthätige Personen sich deswegen als arbeitslos angegeben hatten, „weil sie nicht in ihrem gelernten Berufe hatten Stellung finden können,“ oder weil sie in ihrer derzeitigen Stellung „keinen genügenden Lohn erhielten.“ Beim Ausmerzungsversuch ist man in der Hauptsache nach folgenden Grundsätzen verfahren: „Als Arbeitslose waren nicht zu zählen die Personen, die nicht regelmäßig Arbeiter sind, z. B. Hausstöchter, die ab und zu zur Aushilfe thätig sind, desgleichen Kinder im schulpflichtigen Alter. Ebenso wenig konnten die Personen hier Berücksichtigung finden, die aus irgend welchem Grunde freiwillig ihre Stellung aufgegeben hatten, z. B. um sich auf einen andern Beruf vorzubereiten oder um demnächst zu heiraten. Endlich mußten ungezählt bleiben die, die nicht arbeiten wollen, sowie die, die nicht mehr arbeiten können; zu den erstern, den Arbeitsscheuen, wurden alle die gerechnet, die eine Dauer der Arbeitslosigkeit von mehr als einem Jahr eingetragen hatten, ohne daß ein Grund dafür angegeben war.“ Ganz besondere Mühe hat man sich ferner gegeben, durch Fragen den „Grund der Arbeitslosigkeit“ so genau als möglich in jedem einzelnen Falle festzustellen, doch ist das Ergebnis aus den Angaben — sehr mild ausgedrückt — „kein befriedigendes“ gewesen. Für 633 männliche und 81 weibliche Arbeitslose konnte der Grund der Arbeitslosigkeit überhaupt nicht ermittelt werden, und für die große Mehrzahl lauteten die Antworten einfach „Mangel an Arbeit.“ „Dieser Grund trifft aber, wie der hamburgische Statistiker meint, für alle Arbeitslosen zu, mit Ausnahme derer, die wegen Unfähigkeit nicht arbeiten können, sowie derer, die nicht arbeiten wollen.“ Nach der Erfahrung alter Praktiker auf dem Gebiete der Arbeitslosenbehandlung — so möchten wir hinzufügen — geben aber auch 99 Prozent derer, die nicht arbeiten wollen, d. i. der Arbeitsscheuen, als Grund für ihre Unthätigkeit einfach „Mangel an Arbeit“ an. Eine Erhebung mit direkter Befragung würde an dieser Erfahrung nicht das geringste ändern. Von der ganzen Zahl der nach den „Ausscheidungen“ nun doch noch in die Tabellen eingetragenen 14785 männlichen und 3503 weiblichen Personen ist der Grund, warum sie unter die Arbeitslosen geraten sind, „nur von 94 männlichen und 16 weiblichen Personen genauer angegeben worden.“

\*) Es sind wohl Fragen gemeint; denn eine „Rückfrage“ kann man doch nur stellen, wenn man vorher selbst gefragt worden ist.

Das ist in der That ein trauriges Ergebnis. Wird man daraus endlich lernen, wie sehr wir auf dem Holzwege sind? Daß man die Wahrheit nur dann zu finden glaubt, wenn man die Leute, die an der Antwort günstig oder ungünstig interessiert sind, oder wie der Jurist sagt, die Partei selbst fragt, diese Grundverkehrtheit beherrscht allmählich unsre ganze Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Die Behörde, die Berufsbeamten, die Polizei, die sind es, die immer das Falsche oder die Unwahrheit sagen, wenn sie berichten müssen; nur die Herren „Interessenten“ und wenn es ortskundige Tagediebe, notorische Leuteschinder, berühmte Aufsteher und landbekannte „Agrarier“ wären, die sagen die laute, unbeeinflusste Wahrheit!

Deutsch-Chinesisch. Der Becher meiner Freude über Li-Hung-Tschangs Ankunft in Berlin sollte nicht ohne bitteren Nachgeschmack bleiben. Mit Alldeutschland war ich der Meinung, daß es ein ungemischtes Glück sei, teures Eisen gegen billigen Thee zu tauschen und dabei noch die achtungsvolle Schätzung des ältesten Volkes der Erde, wenn auch eines heidnischen, in den Kauf zu nehmen. Die Chinesen sind nicht schön und nicht immer angenehm, wir möchten nicht viel davon haben, aber die Freundschaft eines Volkes, dessen Geschichte dreitausend Jahre hinter die unsre zurückreicht, ist immerhin etwas. Es ist eine andre Rasse, vielleicht in einigen Beziehungen untergeordnet. Aber darf denn die Weltpolitik wählerisch sein? Das ist ja ihre Größe, daß sie keine Entfernungen und Unterschiede mehr kennt. Wohl wahr. Doch giebt es immer noch einige Gründe für den Wunsch, unsre Eigenart zu erhalten, mit der und durch die wir wurden, was wir heute sind.

In diese Betrachtungen, die sich, wie alle nicht zu nahe liegenden politischen Erwägungen, bei mir in einen Hauch des rosigsten Optimismus verflüchtigen, schlägt der Blitz eines Zirkulars meines Möbeltransporteurs vulgo Umziehers, der sich für den kommenden Quartalwechsel empfiehlt. Er sendet mir eine Liste seiner Kunden, die er aufs genaueste nach irgend einer Rangliste geordnet hat. Ich, der ich selber hineingehöre, weiß gar nicht, wie so ein Ding aussieht, und dieser Mann des Geschäfts kennt es offenbar sehr genau. Er weiß ganz gut, daß ich hinter den Geheimen Regierungsräten komme, und daß vor diesen die Majore, Oberstleutnants, Obersten, Generalmajore und Exzellenzen marschieren. Auch unterscheidet er sehr sicher den Geheimen Regierungsrat vom Oberregierungsrat, und stellt unter diesen den Geheimen Medizinalrat. Fast möchte ich glauben, daß er sogar die hierarchische Rangordnung der Ministerien in der Liste seiner Möbelwagenbenutzer berücksichtigt habe. Wieviel Zeit muß dieser Mann übrig haben, um solche Feinheiten auszuklügeln! Aber ist es denn nicht eine Thorheit von ihm, als Geschäftsmann sich um diesen Tand zu kümmern? Er streicht doch von dem Mitglied der dreizehnten Rangklasse gerade so gut sein Geld ein wie von dem der dritten und hat jedenfalls mehr Kunden ohne jedes erkennbare Rangverhältnis, als in diesen Klassen vom Major und Regierungsrat aufwärts. Ich frage mich nur angesichts der deutsch-chinesischen Aussichten: Wenn wir schon jetzt Chinesen sogar unter den Beherrschern der Möbelwagen haben, was wird uns ein noch engeres Verhältnis zu dem Lande des Bopfes bringen? Wenn das Talent, chinesisch zu sein, auf Zeremonienmeister und Ranglistenschreiber beschränkt wäre, könnte man dem deutsch-chinesischen Bunde ruhiger entgegensehen. Wenn aber die mandarinenhafte Weltanschauung bis in die Kreise der Geschäftsleute dringt, die einen freien Blick für das Wesentliche haben sollten, dann liegt die Gefahr vor, daß wir vor lauter chinesischer Freundschaft selber — gelb werden und versteinern. Und wenn in unsrer chinesienfreundlichen Politik nichts anderes die treibende

Kraft wäre, als die unbewußte geheimnisvolle Anziehung eines mongolischen Blutstropfens in unserm System? Ich will nicht weiter nachdenken, sondern mit einem guten Glase deutschen Bieres, nicht chinesischem Thees, diese patriotische Beklemmung verschweigen.



## Litteratur

Zeitfaden für Archivbenutzer von Dr. Max Bär, Kgl. Archivar. Leipzig, Hirzel, 1896

Bei der Abfassung dieses Buches hat der Verfasser namentlich die immer größer werdende Zahl von Orts- und Familiengeschichtsforschern im Auge gehabt, die sich jetzt zu den Archiven drängen, ferner die ebenfalls immer größer werdende Zahl von Studenten der Geschichtswissenschaft, die auf Grund eigener Altensforschung eine Seminararbeit oder eine Doktordiffertation liefern möchten. Alle diese Leute kommen oft gänzlich unvorbereitet und mit sehr verkehrten Vorstellungen in die Archive. Sie können die alten Urkunden und Akten nicht lesen, bringen entweder gar nichts heraus oder lesen falsch und bilden sich doch ein, richtig zu lesen, weil sie weder Sach- noch Sprachkenntnisse haben und nicht ahnen, daß das gar nicht dastehen kann, was sie lesen; sie haben nicht die geringste Kenntnis von der Beschaffenheit der archivalischen Quellen und glauben, das Material, das sie suchen, müsse in einem Aktenstück bequem für sie zusammengeheftet bereit liegen; sie haben keine Ahnung davon, wie man mit den alten Akten umgehen muß, denken, sie könnten sie behandeln wie irgend einen Leihbibliotheksroman oder eine Zeitungsnummer usw. Für solche Anfänger ist das Buch bestimmt. Der Verfasser spricht darin zunächst von der Ordnung der Archive, von der Erlaubnis zu ihrer Benutzung und von den verschiedenen Arten der Benutzung (durch schriftliche Anfragen, persönlich, durch Beauftragte, durch Aktenversendung), giebt dann ein Verzeichnis aller wichtigeren deutschen und ausländischen Archive, ferner eine kleine Anweisung zum Selbstunterricht in den sogenannten historischen Hilfswissenschaften (Schriftkunde, Siegel- und Wappenkunde, Chronologie) und zur Abfassung von Familiengeschichten, endlich eine Anzahl von Zeitfäden zur Auslösung von Daten.

Daß das Buch sehr vielen Leuten willkommen sein wird, ist gar keine Frage; ob aber auch die Kollegen des Verfassers zu diesen Leuten gehören werden, wagen wir zu bezweifeln. Wenn ihnen auch in einzelnen Fällen unnötige Arbeit damit erspart werden wird, so wird ihnen doch auch eine Menge von Dilettanten und Anfängern nun erst recht dadurch zugetrieben werden.

Für eine zweite Auflage empfiehlt es sich vielleicht, einige Schriftfäden, namentlich aus dem sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert, beizugeben, um wenigstens den häufigsten Verlegenheiten und Mißverständnissen vorzubeugen; ferner einige Winke darüber, wie mit der entsetzlichen Orthographie dieser Zeit in Abschriften zu verfahren ist; endlich auch noch einige genauere Anweisungen über die äußere Behandlung der Archivalien; mit den paar Worten „größte Schonung und Vorsicht“ ist es nicht gethan. Ganz abscheulich ist ja bei den meisten Menschen die Art, wie sie Bücher beim Lesen umwenden: anstatt die Blätter rechts oben am Schnitt mit trocknen Fingern leise herüberzuheben, schieben (!) sie die Blätter rechts unten mit angelecktem Finger hinüber. Infolge dessen kommt